

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Arnold Vaatz, Werner Kuhn (Zingst), Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Georg Brunnhuber, Ulrich Adam, Günter Baumann, Veronika Bellmann, Dr. Christoph Bergner, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Hartmut Büttner (Schönebeck), Verena Butalikakis, Hubert Deittert, Rainer Eppelmann, Enak Ferlemann, Roland Gewalt, Peter Götz, Manfred Grund, Siegfried Helias, Uda Carmen Freia Heller, Bernd Heynemann, Robert Hochbaum, Klaus Hofbauer, Susanne Jaffke, Dr. Peter Jahr, Volker Kauder, Norbert Königshofen, Manfred Kolbe, Michael Kretschmer, Vera Lengsfeld, Peter Letzgus, Eduard Lintner, Dr. Michael Luther, Dr. Angela Merkel, Maria Michalk, Klaus Minkel, Marlene Mortler, Bernward Müller (Gera), Henry Nitzsche, Claudia Nolte, Günter Nooke, Ulrich Petzold, Christa Reichard (Dresden), Katherina Reiche, Peter Rzepka, Wilhelm Josef Sebastian, Gero Storjohann, Lena Strothmann, Michael Stübgen, Antje Tillmann, Edeltraut Töpfer, Volkmar Uwe Vogel, Andrea Voßhoff, Gerhard Wächter, Marco Wanderwitz und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Cornelia Pieper, Hellmut Königshaus, Eberhard Otto (Godern), Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Karl Addicks, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Rainer Funke, Dr. Christel Happach-Kasan, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/3796 –

Jahresbericht der Bundesregierung
zum Stand der Deutschen Einheit 2004

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Berichtspflicht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit läuft gemäß Beschluss des Deutschen Bundestages vom 19. Mai 2000 (Bundestagsdrucksache 14/2608) mit dem vorgelegten Jahresbericht 2004 aus. Das Ziel, die Lebensverhältnisse in Ost und West anzugleichen, ist noch nicht erreicht. Mit dem Solidarpakt II werden die finanziellen Mittel bereitgestellt, die Rückstände aufzuholen. Insbesondere wegen des erheblichen Einsatzes öffentlicher Mittel muss dieser Prozess parlamentarisch begleitet werden. Allein die Laufzeit des vereinbarten Solidarpaktes II bis zum Jahr 2019 macht deutlich, wie lang dieser Prozess voraussichtlich noch andauern wird.

Nach starken Wachstumseinbrüchen in den letzten Jahren deutet sich in Ostdeutschland endlich eine leichte Verbesserung der wirtschaftlichen Situation an. Positives Wachstum und Stärkung der Wirtschaftskraft in einzelnen Bereichen sind kleine Anzeichen einer erfreulichen Entwicklung. Fest steht aber auch: Die positiven Tendenzen schlagen sich nicht in allen Branchen nieder, die ostdeutsche Wirtschaft kommt insgesamt nur schwer in Tritt.

So ist die ostdeutsche Wirtschaftsleistung im Zeitraum 2000 bis 2003 jährlich lediglich im Durchschnitt um 0,35 Prozent gewachsen, gegenüber durchschnittlich 1,05 Prozent im gesamten Bundesgebiet. Damit wird deutlich, dass ein Aufholprozess faktisch nicht mehr stattgefunden hat. Der Aufbau neuer wettbewerbs- und zukunftsfähiger Arbeitsplätze braucht daher mehr Zeit.

Dabei machen die zahlreichen Erfolgsprojekte in den Wachstumsregionen Mut und geben Zuversicht für die Zukunft. Die positiven Tendenzen zu verstetigen und weiterzuentwickeln, wird den neuen Ländern insgesamt noch mehr Nutzen für die Wirtschaftslage und den Arbeitsmarkt bringen.

Die unterschiedliche Entwicklung der Regionen in den neuen Ländern und das beabsichtigte Umstellen der Förderung auf Wachstumsregionen macht künftig auch eine differenzierte Betrachtung der verschiedenen Wachstumsregionen erforderlich. Das unterschiedliche Entwicklungstempo in den einzelnen Regionen zeigt auch, wie viel von richtigen und zukunftsweisenden Entscheidungen der Akteure in der Region für eine erfolgreiche Standort- und Ansiedlungspolitik abhängt. Die Stärkung der Standortpolitik in den neuen Ländern soll nach Auffassung der Bundesregierung und der Landesregierungen in besonderem Maß zur Angleichung der Lebensverhältnisse beitragen.

Der vorgelegte Bericht bleibt in seinen Aussagen zum Konzept der Bundesregierung, zu den Rahmenbedingungen für den Aufbau Ost, zu Perspektiven und strategischen Zielsetzungen – insbesondere bei der Strukturförderung – jedoch sehr vage. Er vermittelt nicht den Eindruck, dass die Bundesregierung den notwendigen Willen hat, zu einem beschleunigten Aufholprozess bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West beizutragen.

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote von 18 Prozent, der immer noch vorhandene Einkommensabstand, der Bevölkerungsverlust durch Abwanderung und Geburtenrückgang sowie die Arbeitsplatzunsicherheit prägen die öffentliche Wahrnehmung beim Aufbau Ost. Dadurch werden die Erfolge beim Aufbau Ost in den Augen der Menschen häufig relativiert. Deshalb spiegelt der Bericht die Lebenswirklichkeit jenes Teils der Bevölkerung in den neuen Ländern nicht wider, für die der Aufbau Ost bisher zu wenige Früchte trägt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den jährlichen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit bis zum Jahr 2019 fortzuführen;
2. beginnend mit dem Jahresbericht 2005 eine differenzierte Betrachtung der Entwicklung der einzelnen Wachstumsregionen vorzunehmen und die zwischen Bund und Ländern im Berichtszeitraum abgestimmten Maßnahmen zur weiteren Stärkung dieser Regionen darzustellen;
3. gezielt auf eine Beschleunigung des Aufholprozesses hinzuwirken und in ihren jährlichen Berichten auch auf die geplanten Maßnahmen stärker einzugehen.

Berlin, den 9. November 2004

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

